

DEUTSCHER BUNDESTAG

Enquete-Kommission

"Überwindung der Folgen der SED-Diktatur
im Prozeß der deutschen Einheit"

- Sekretariat -

53113 Bonn, den 22. Januar 1996

Bundeshaus

Telefon:

(0228) 16-25195 / 16-25747 / 16-24093

Telefax: (0228) 16-26023

Bo/Rk

Kurzprotokoll

der 2. Sitzung der Berichterstattergruppe Z (7) (internationale und
parlamentarische Zusammenarbeit) am 17. Januar 1996,
18.00 Uhr in Raum NHA 124

Anwesend:

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke (amtierender Einberufer)

Abg. Stephan Hilsberg

Abg. Rolf Kutzmutz

Abg. Markus Meckel (ab 18.25 Uhr)

Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb

Abg. Gerd Poppe

Udo Baron

Michael Link

Jost Vielhaber

Bernard Bode (Sekretariat)

Sv. Prof. Wilke eröffnet die Sitzung und stellt Einvernehmen her, daß im Rahmen der Beratungen des Arbeitsprogramms zunächst über das von der BG angeregte Symposium und anschließend über die mögliche Vergabe von Expertisen beraten wird.

TAGESORDNUNGSPUNKT 1 Beratung des Arbeitsprogramms

Abg. Poppe weist nochmals darauf hin, daß es eine ähnliche Veranstaltung bereits vor einigen Jahren auf Einladung der seinerzeitigen Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegeben habe. Mittlerweile seien in einigen Ländern doch grundlegende Veränderungen in der Einstellung zur Notwendigkeit der Aufarbeitung von Diktaturerfahrungen zu beobachten. Eine frühzeitige Planung einer solchen Veranstaltung sei nach den gemachten Erfahrungen auf jeden Fall erforderlich.

VA Bode teilt eine Zwischenbilanz der auf die Schreiben des Sekretariats an Vertreter von politischen Stiftungen und der Goethe-Institute in Ländern Ostmittel- und Osteuropas sowie an die Gauck-Behörde eingegangenen Antworten sowie eine Aufstellung des Sekretariats über die zu erwartenden Kosten eines Symposions (alternativ für die Tagungsorte Bonn, Berlin und Prag) aus und erläutert kurz beide Papiere.

Die BG nimmt beide Papiere zur Kenntnis und beauftragt das Sekretariat, jene Institution, die nicht geantwortet haben, an das Schreiben des Bundestages zu erinnern. Die Vertreter der verschiedenen Fraktionen sagen in diesem Zusammenhang politische Unterstützung mit Blick auf die ihr jeweils nahestehenden Stiftung zu. Die BG wird zu einem späteren Zeitpunkt unter Berücksichtigung aller dann vorgeschlagenen Namen weitere Entscheidungen treffen.

Nach kurzer Diskussion spricht sich die BG einvernehmlich dafür aus, das geplante Symposium grundsätzlich nicht im Ausland zu veranstalten, sondern vielmehr der Kommission als geeigneten Tagungsort die Bundeshauptstadt Berlin vorzuschlagen. Eine Festlegung auf die genaue Zahl der einzuladenden Personen wird erst dann für sinnvoll erachtet, wenn die Namen der Gäste einvernehmlich feststünden.

Abg. Hilsberg äußert die Auffassung, daß es möglicherweise sinnvoll sei, nicht nur Vertreter aus vormals kommunistisch regierten Staaten Ostmittel- und Osteuropas einzuladen, sondern auch Personen aus südeuropäischen Ländern mit ehemals rechtsgerichteten Diktaturen (Spanien, Portugal, Griechenland). Dies sei im Rahmen der Orientierung auf den vielbeschworenen antitotalitären Konsens aus seiner Sicht mehr als sachgerecht.

Abg. Meckel bezeichnet diesen Gedanken als interessant und deshalb aufgreifenswert. Vielleicht könne es zumindest als "Farbtupfer" gelingen, eine Person zu gewinnen, die die Problematik in ihrer gesamten Bandbreite vortragen und darüber mit der Kommission diskutieren könne.

Nach kurzer Diskussion beschließt die BG, daß alle politischen Seiten den von den Vertretern der SPD vorgetragenen Vorschlag prüfen und sondieren, inwieweit ein solcher Aspekt in den Gesamtrahmen des Symposions integrierbar ist.

Der von **Sv. Prof. Wilke** angeregten Kooperation der BG D (3) und Z (7) bezüglich eines solchen Symposions widersprechen die **Abg. Meckel und Poppe**: Dies sei mit Blick auf die sehr unterschiedlichen Aufgabenstellungen beider Gruppen und auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die BG Z (7) nicht unmittelbar aus dem Text des Einsetzungsbeschlusses heraus legitimiert sei, nicht sinnvoll.

Abg. Meckel regt ferner an, vor einer detaillierteren Planung des Symposions Expertisen zu vergeben, die sich mit der jeweiligen politischen Situation und dem Stand eines etwaigen Prozesses der Aufarbeitung diktatorischer Vergangenheit in den Ländern beschäftigen sollen, aus denen Vertreter für das Symposion eingeladen werden. Die Tagung könne dann weit stärker diskursiv ablaufen, als dies der Fall sei, wenn erst umfangreiche Informationen präsentiert werden müßten.

VA Bode macht darauf aufmerksam, daß bei einem solchen Beschluß nicht mit dem Eingang derartiger Expertisen vor dem Herbst 1996 zu rechnen sei. Es sei in einem solchen Fall deshalb sinnvoller, das Symposion erst für das Frühjahr 1997 zu terminieren.

Nach kurzer Diskussion der verschiedenen Möglichkeiten, Informationen über den Stand des Aufarbeitungsprozesses sowohl in personeller, als auch in juristischer und politischer Hinsicht zu gewinnen, beschließt die BG, das Sekretariat zu beauftragen, beim Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOS) zu eruiieren, ob und inwieweit im Rahmen der Amtshilfe eine fachliche Unterstützung des Anliegens, den Sachstand in verschiedenen Ländern Ostmittel- und Osteuropas zu erfahren, möglich ist. Die BG hält nunmehr einen Termin im Frühjahr 1997 für das Symposion für sinnvoll.

Die BG beschließt ferner, daß für die Formulierung des Arbeitsprogramms der Kommission ein nur wenige Zeilen umfassender Beitrag der BG ausreichend sei, der um den Vorschlag des Symposions und die mögliche Vergabe verschiedener Expertisen ergänzt werden müsse. Weitere detailliertere Planungen könnten dann für den internen Gebrauch der BG angefertigt werden.

TAGESORDNUNGSPUNKT 2 Instrumente

Die Anregung des **Abg. Poppe**, auch eine Expertise zur Zusammenarbeit der Geheimdienste verschiedener Länder Ostmittel- und Osteuropas zu vergeben, stößt auf Widerspruch des **Sv. Prof. Wilke** und des **Abg. Meckel**, die der Auffassung sind, daß eine solche Thematik in das Themenfeld D gehöre. Nach kurzer Diskussion bleibt diese Frage vorerst offen.

VA Bode verteilt ein Inhaltsverzeichnis der Dokumentation ausgewählter Quellen zur Zusammenarbeit der Charta 77 und anderer Bürgerinitiativen der damaligen CSSR mit ähnlichen Gruppen in den Nachbarländern, einschl. der damaligen DDR, deren tschechische Originale der Enquete-Kommission der 12. Wp seinerzeit von der Bürgerrechtlerin Anna Sabatova überreicht wurden. Er teilt mit, daß etwa 30 % dieser Materialien mittlerweile ins Deutsche übersetzt worden seien, was allerdings bereits Kosten von DM 11.000,00 verursacht habe, die aber nicht zu Lasten des Titels der Enquete-Kommission im EP 02 gingen. Dennoch sei es aus seiner Sicht sinnvoll, die vom Sprachendienst des Bundestages beauftragte Übersetzerin zu bitten, aus den restlichen Materialien lediglich die Dokumente auszuwählen und zu übersetzen, die einen unmittelbaren Bezug zur Friedens- und Menschenrechtsbewegung der DDR und zur deutschen Frage aufweisen. Nach Vorlage der Übersetzung aller für die Arbeit der Kommission interessanten Materialien müsse sodann das weitere Verfahren überlegt werden.

Abg. Meckel spricht dem Sekretariat ausdrücklich seinen Dank für die geleistete Arbeit aus und regt im übrigen an, der Enquete-Kommission die Vergabe einer Expertise vorzuschlagen, um die Möglichkeit zu schaffen, eine Dokumentation der Materialien mit kommentierender Einleitung in die Materialien der Kommission aufzunehmen.

Zur Frage des Informationsaustausches und einer möglichen Zusammenarbeit mit der Enquete-Kommission "Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung" des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern beschließt die BG nach kurzer Diskussion, diesen Themenkomplex nicht ihrerseits weiterzuverfolgen, sondern den Vorsitzenden und die Obfrau der Kommission zu bitten, die Federführung in diesem Bereich zu übernehmen, was eine Prüfung etwaiger Zusammenarbeit im Bedarfsfall einschließe. Die BG ist insofern der Auffassung, daß sie zukünftig lediglich den Titel "internationale Zusammenarbeit" führen solle.

TAGESORDNUNGSPUNKT 3 Verschiedenes

VA Bode trägt vor, daß sich der Direktor von "Haus Ungarn" in Berlin, Herr György Dalos, mit der Bitte um finanzielle Unterstützung eines geplanten Symposions zum Thema "Der ungarische Oktober und Deutschland" zum 40. Jahrestag der Ungarischen Revolution im Jahre 1956 an die Kommission gewandt habe. Erforderlich sei nunmehr eine Entscheidung der BG über das weitere Verfahren.

Abg. Meckel spricht sich aus prinzipiellen Gründen gegen eine förmliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages mit externen Institutionen aus, weist aber auf die Möglichkeit der Beteiligung politischer Stiftungen hin.

Abg. Poppe macht darauf aufmerksam, dies sei bereits der status quo.

Auf Vorschlag des Sv. Prof. Wilke beschließt die BG einvernehmlich, das Anliegen an den Vorsitzenden und die Obbleuterunde der Kommission weiterzuleiten und dies mit dem Vorschlag zu verbinden, die Präsidentin des Deutschen Bundestages für eine Schirmherrschaft der geplanten Veranstaltung von "Haus Ungarn" zu gewinnen.

VA Bode teilt mit, daß der Vorsitzende der Kommission, Herr Abg. Rainer Eppelmann, sich mit dem Vorschlag eines gegenseitigen Informationsaustausches an den deutschen Vorsitzenden der deutsch-tschechischen Historikerkommission, Herrn Prof. Dr. Rudolf Vierhaus, in Göttingen gewandt habe.


Abg. Meckel kritisiert, eine solches Schreiben wecke eine Erwartungshaltung, die die Kommission einzulösen nicht in der Lage sei. Im übrigen halte er es für nicht sachgerecht, derartige Schreiben abzusenden, bevor eine einvernehmliche Beratung solcher Anliegen erfolgt sei.

Die BG beauftragt das Sekretariat, ihr eine Kopie des Schreibens zuzuleiten. Sv. Prof. Wilke macht darauf aufmerksam, er halte einen Informationsaustausch schon deshalb für sinnvoll, da die deutsch-tschechische Historikerkommission bislang nur mit der historischen Situation vor dem Jahre 1945 befaßt gewesen sei. Die Idee einer verstärkten Kontaktaufnahme komme vom Institut für Zeitgeschichte aus Prag und sei es wert, zum Nutzen des gegenwärtig angespannten deutsch-tschechischen Verhältnisses aufgegriffen zu werden.

Abg. Meckel hält ein solches Anliegen grundsätzlich für sinnvoll und macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß die Arbeitsgruppe der Fraktion der SPD in der BG D (3) eine Expertise zur Erforschung des Verhältnisses zwischen der CSSR und der DDR vorschlagen werde. Er betone aber nochmals, daß er Aktivitäten der BG Z (7) nicht für sinnvoll erachte.

Ende der Sitzung: 19.38 Uhr

Im Auftrag

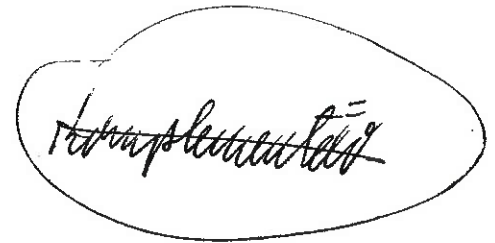


(Bernard Bode)

DEUTSCHER BUNDESTAG
Enquete-Kommission
"Überwindung der Folgen der SED-Diktatur
im Prozeß der deutschen Einheit"
- Sekretariat -

53113 Bonn, den 7. Dezember 1995
Bundeshaus
Telefon:(0228) 16-27711
Telefax:(0228) 16-26023
Az.:

Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur
im Prozeß der deutschen Einheit" · Dreizehnmorgenweg 38 · 53175 Bonn




An die Mitglieder der Berichterstattergruppe Z (7)
(internationale und interparlamentarische Zusammenarbeit)

Herrn Abg. Reinhard Frhr. von Schorlemer
Herrn Abg. Rainer Eppelmann
Herrn Abg. Stephan Hilsberg
Herrn Abg. Rolf Kutzmutz
Herrn Abg. Markus Meckel
Herrn Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb
Herrn Abg. Gerd Poppe

Betr.: Sitzung der Berichterstattergruppe am 8.12.95
hier: Entwurf eines Arbeitsprogramms

Sehr geehrte Herren Abgeordnete,
beiliegend finden Sie einen Entwurf des Arbeitsprogramms zur Beratung in der
Berichterstattergruppe. Ich rege an, im Zuge dieser Beratungen auch über die Instrumente der BG
zu entscheiden. Zusätzlich zum bereits geplanten Symposium wäre zu denken an eine
Kontaktaufnahme mit der deutsch-tschechischen Historiker-Kommission bzw. mit dem BStU.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


(Bernard Bode)

- Anlage -

zur Kenntnis: Mitglieder der Obleuterunde
Mitarbeiter der Fraktionen/Gruppe

ENTWURF

eines Arbeitsprogramms für die Berichterstattergruppe "interparlamentarische und internationale Zusammenarbeit" (Z (7))

Die Aufarbeitung der Vergangenheit kommunistischer Regime und die Überwindung von deren Folgen ist ein Prozeß, der sich keineswegs auf das vereinte Deutschland beschränkt, sondern - wenn auch in völlig unterschiedlicher Ausprägung - in allen Staaten Ostmittel- und Osteuropas von Relevanz ist. Deshalb und unter Berücksichtigung der besonderen Position, welche die DDR im östlichen Bündnis einnahm, und den zahlreichen Verflechtungen zwischen der KPdSU, der SED und anderen kommunistischen Parteien, wäre eine auf den nationalen Bereich beschränkte Behandlung der Überwindung der Folgen der SED-Diktatur in Deutschland nicht sachgerecht. Vielmehr ist gerade im Interesse einer wirklich gesamteuropäischen Verständigung eine Kontaktaufnahme der Kommission mit Personen und Institutionen in den MOE-Staaten wünschenswert.

Die Enquete-Kommission beabsichtigt deshalb, einen intensiven Informationsaustausch und - wo geboten - eine Kooperation mit solchen Vertretern der ostmittel- und osteuropäischen Staaten anzustreben, die sich politisch, publizistisch, wissenschaftlich oder in sonstiger Form mit der Aufarbeitung kommunistischer Vergangenheit und der Überwindung von deren Folgen in ihrem Heimatland beschäftigen und Impulse von öffentlicher Relevanz in dieser Hinsicht geben können.

Grundsätzlich kommt die Kontaktaufnahme mit folgenden Staaten in Betracht: Rußland, Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik und Ungarn. Zu überlegen wäre ferner eine Kontaktaufnahme mit Rumänien, Ukraine, Weißrußland, Lettland, Estland, Litauen, Bulgarien und Albanien.

Die Enquete-Kommission erwägt außerdem einen weiteren Informationsaustausch und eine punktuelle Zusammenarbeit mit der Enquete-Kommission "Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung" des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

Aus diesen Überlegungen könnte folgendes Arbeitsprogramm resultieren:

- I. Kontaktaufnahme mit dem Ziel des Informationsaustausches und - bei Bedarf - möglicher Zusammenarbeit in Fragen der Aufarbeitung kommunistischer Vergangenheit und deren Folgewirkungen mit Vertretern bzw. Institutionen in Ländern Ostmittel- und Osteuropas
1. Polen
 - a) Die Rolle der SED/DDR während der Krise 1980/81
 - b) Die Wende des Jahres 1989
 2. Tschechische Republik / Slowakische Republik
 - a) Die Rolle der SED/DDR während der Krise des Jahres 1968
 - b) Die Rolle des Geheimdienstes der CSSR (STB) bei der Festnahme und Rückführung von Flüchtlingen an die DDR und die Rolle des MfS der DDR bei der operativen Bearbeitung von Dissidenten in und Emigranten aus der CSSR
 - c) Die Wende des Jahres 1989
 3. Ungarn

[...]
 4. Rußland

[...]
 5. - ? weitere Länder

[...]
- II. Weitere Überlegungen bzgl. eines Informationsaustausches und möglicher Zusammenarbeit mit der Enquete-Kommission "Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung" des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern
- [...]